



Edition

Academia

Österreich 2018

**Mosaiksteine
für die Zukunft**

Herausgegeben durch den ÖCV
auf Initiative von Dr. Herbert Stickler, Am,
Vorsitzender der ÖCV-Altherrenschaft

im Juni 2010

Österreich nach der Krise?

Wirtschaftliche Perspektiven unter veränderten Rahmenbedingungen

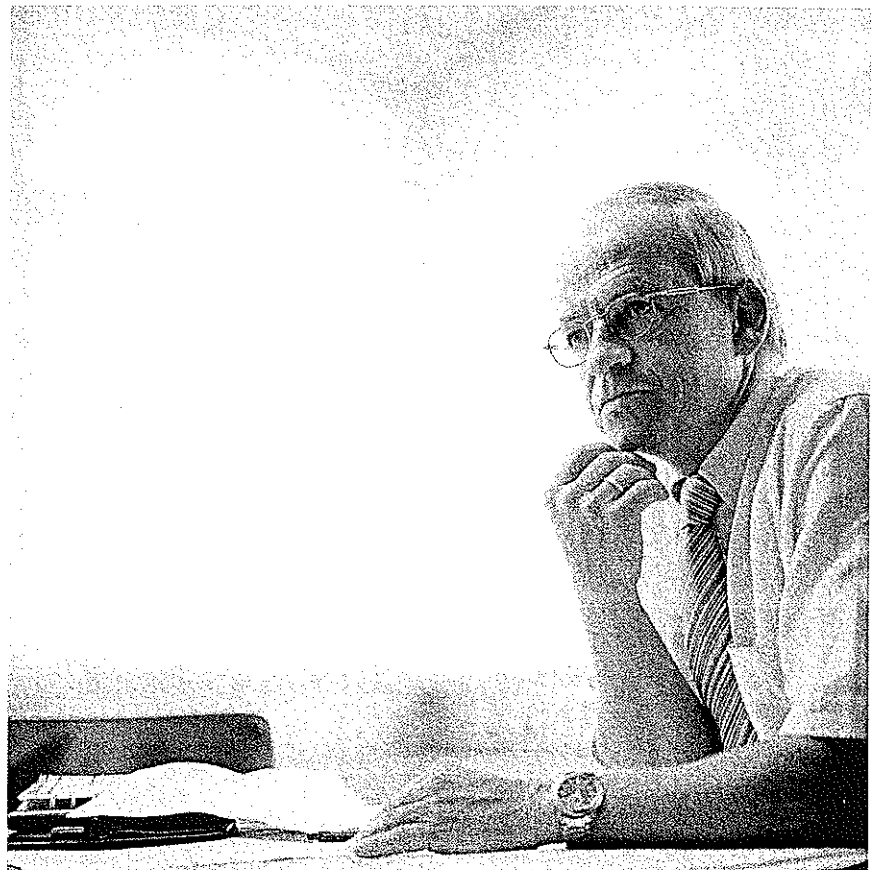
Karl Aiginger

1. Einleitung und Aufbau

Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich schon vor der Finanzkrise stark verändert. Und Österreich ist von diesen Veränderungen überproportional betroffen (Abschnitt 2). Die erforderlichen Reaktionen der Wirtschaftspolitik werden in Abschnitt 3 skizzenhaft beschrieben. Anschließend wird gezeigt, dass die Krise Fehler und Versäumnisse aufgedeckt hat, nicht nur jene im Finanzsektor (Abschnitt 4). Dann folgt eine Diskussion, ob die Krise vorbei ist und welche wirtschaftspolitischen Probleme nun zu lösen sind (Abschnitt 5). Schließlich folgt ein Plädoyer für eine positive Vision für Österreich und Europa als Ziel der Reformen (Abschnitt 6) sowie eine kurze Zusammenfassung.

2. Veränderung der Rahmenbedingungen für die österreichische Wirtschaft

Die Rahmenbedingungen aller europäischen Länder haben sich schon vor der Finanzkrise durch technologische Trends, Globalisierung, Alterung und den Klimawandel geändert. Österreich ist von den sich ändernden Rahmenbedingungen in besonders hohem Maße betroffen. Die Ursachen dafür liegen teilweise in den vergangenen Erfolgen (Österreich ist nun eines der reichsten Länder der Welt), teilweise in der neuen Geografie (der Osten und Südosten ist nun offen und das "erweiterte" Europa inklusive Nachbarländer wächst rascher als die USA). Österreich tendiert weiters zu nationalen Lösungen, die



von homogenen Einheiten und Präferenzen ausgingen und in der neuen Offenheit und Vielfalt nicht mehr möglich sind. Nicht genug kann betont werden, dass die Chancen, die mit den hohen Veränderungen verbunden sind, größer sind als die Risiken. Entscheidend ist allerdings, dass Unternehmen, Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und die Wirtschaftspolitik richtig reagieren: nicht alte Strukturen bedingungslos zu verteidigen, sondern die neuen Rahmenbedingungen zu gestalten.

2.1 Vom Technologienehmer zum Technologiegeber

Österreich kann auf Grund seiner Einkommensposition keinen Preiswettbewerb bei undifferenzierten Produkten gewinnen. Wir müssen uns auf hochwertige Produkte spezialisieren und zumindest in Nischen eine Technologieführerschaft anstreben.

Österreich war lange ein Technologienehmer: Technologien wurden über Maschinen und Management durch multinationale Unternehmen importiert. Dabei profitierte man davon, dass die Löhne niedriger waren als in der deutschen Wirtschaft. Die Bildungsstruktur (hoher Anteil auf Sekundärstufe, geringe Akademikerdichte, Defizite im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich) spiegelt noch die alten Stärken wider.

Die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit eines Landes mit hohem Pro-Kopf-Einkommen wird bestimmt von Innovation, Aus- und Weiterbildung und moderner Infrastruktur. Trotz aller Anstrengungen der vergangenen zehn Jahre hat Österreich die Umorientierung vom Aufholprozess zur Spitzenposition (Frontier-Position) im Innovationssystem, im Bildungssektor und in der Infrastruktur noch nicht vollzogen.

2.2 Änderung in der Unternehmenslandschaft

Österreichs Unternehmen wurden als Weltmeister in bestehenden Strukturen bezeichnet. Gute Umsätze und hohe Qualität gab es vorwiegend in traditionellen, langsam wachsenden Industrien, weniger in technologischen Industrien und in technologie- oder beratungsintensiven Dienstleistungen. Österreich hat wenige technologieintensive Großunternehmen.

Österreichs EU-Beitritt, die Ostöffnung und die Erweiterung der EU, die Privatisierung der Verstaatlichten Industrie, die Liberalisierung etwa von Finanz-, Energie- und Telekommärkten haben in der österreichischen Unternehmenslandschaft tief greifende Veränderungen gebracht. Es entsteht eine steigende Zahl von industriellen Unternehmen mit einem Netz von Auslandstöchtern. Die früher verstaatlichten Unternehmen wurden zu multinationalen Konzernen mit österreichischem Headquarter. Der Bankensektor, die Versicherungen, der Realitensektor (Immobilien) internationalisieren sich, großteils auch mit Österreich als Headquarter. Unternehmen im Infrastrukturbereich sehen sich nach Teilprivatisierung verpflichtet und befähigt, außerhalb des Landes zu expandieren und zu investieren. Betriebe in Gemeinde- oder Landeseigentum sehen hingegen oft noch keine Veranlassung, über die Gemeinde- bzw. Stadtgrenze Dienstleistungen oder Know-how anzubieten, Größenvorteile zu nutzen oder im Fall größerer Städte das vorhandene Wissen im Ausland zu nutzen.

2.3 In der Mitte und an der Kante

Österreich ist lange am Rand, teilweise sogar außerhalb des europäischen Integrationsraumes gelegen. Heute liegt Österreich geographisch und wirtschaftlich in der Mitte des EU-Raumes, eine Position, die bei der Erweiterung der EU in den Südosten und in die derzeitigen Nachbarländer noch verstärkt werden wird. Die Position im Zentrum eines dynamischen, im Umbruch befindlichen Wirtschaftsraumes ist mit großen Chancen verbunden, allerdings auch mit stärkster Konkurrenz um die Realisierung der Vorteile aus dieser zentralen Lage. Mehrere Regionen und Großstädte wetteifern darum, sich als Standorte für Headquarters, Forschungszentren oder Kommunikationszentralen zu profilieren.

Dazu kommt für Österreich, dass es an einer "Wohlfahrtskante" liegt. Anders als für das Zentrum einer langsam gewachsenen Großregion typisch, stellt die Mitte zugleich eine Kante dar: Die Einkommen fallen in Richtung Osten ungewöhnlich stark ab: In nur 500 km Entfernung liegen die Einkommen bei einem Fünftel von jenen in Österreich. Auch dies bringt bei optimaler Arbeitsteilung Vorteile (günstige Kombiprodukte, Zulieferungen, leicht erreichbare Produktionsstandorte und niedrige Lohnkosten). Gleichzeitig ist die Gefahr der Konkurrenz

groß, wenn in Österreich Waren produziert werden, die auch in Niedriglohnländern erzeugt werden können.

2.4 Chancen der weltweiten Globalisierung

Die "weite" Globalisierung ist für Österreich eine besondere Herausforderung, weil Österreich sich export- und importseitig auf nahe Märkte konzentriert hat und dadurch wenige Firmen mit Betriebsansiedlungen in China und Indien (und auch Asien, Afrika und Südamerika) besitzt. Die dynamischen Länder in Asien sind ein besonderer Hoffungsmarkt, den Österreich noch nicht voll nutzt. Allerdings kommen auch billige Produkte aus diesen Ländern und konkurrieren die arbeitsintensive Industrieproduktion, die lange Zeit - und teilweise noch immer - in Österreich überproportional große Anteile an der Wertschöpfung besetzt. Die geringe Zahl an Großbetrieben bringt es mit sich, dass die Handelsbilanz Österreichs gegen China und Indien trotz guter Exporterfolge negativ bleibt. Die Chancen in diesen Ländern müssen dennoch stärker von österreichischen Firmen genutzt werden.

2.5 Steigende Bevölkerung, Migration, Alterung

Die österreichische Bevölkerung wird bis 2050 nach der derzeitigen Prognose von derzeit 8,3 Millionen auf mindestens 9,5 Millionen anwachsen. Das Bevölkerungswachstum ergibt sich dabei fast ausschließlich aus dem Wanderungssaldo (und hier aus der Nettozuwanderung von Ausländern). Der Anteil der Personen, die im Ausland geboren wurden, an der Wohnbevölkerung liegt bei 15,3% (2009) und steigt bis 2025 auf 18%.

Bevölkerungswachstum durch Zuwanderung mildert, verändert aber nicht die Tendenz zur Alterung der Gesellschaft. Der Anteil der Bevölkerung unter 15 Jahren, der im Jahr 2008 bei 15,2% lag, sinkt bis 2025 auf 14,2%. Der Anteil der Personen mit 60 und mehr Jahren, der 2008 bei 22,6% lag, steigt dagegen auf 34,2% (2050). Die Gruppe der 45 bis 64-Jährigen wird im nächsten Jahrzehnt sogar die größte Altersgruppe.

3. Reaktion auf neue Rahmenbedingungen

In diesem Abschnitt entwickeln wir thesenhaft notwendige Veränderungen auf die Rahmenbedingungen

3.1. Maximierung kurzfristiger Gewinne ist nicht das Ziel erfolgreicher Unternehmen

Erfolgreiche Unternehmen maximieren nicht nur kurzfristige Gewinne, sondern werden auch **den Standort entwickeln**, ausbilden und weiterbilden, altersgerechte Karrieren planen, Kinderbetreuung bereitstellen oder organisieren, Flexibilitätswünsche und Sicherheit der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen berücksichtigen, unangenehme Jobs umplanen. **Strategiepartnerschaften** zwischen Unternehmen und Belegschaft sind anzustreben, in denen die Gewinnverwendung der Unternehmen und die Zeitverwendung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zur Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit und des Wirtschaftsstandortes gemeinsam diskutiert werden. Arbeitnehmer müssen wissen, dass die Gewinne wichtig sind, aber dass sie auch für ihre langfristige Zukunft am Standort verwendet werden.

3.2. Klimaschutz kann Wachstum kosten, frühes Handeln und Vorreiterposition ist möglich

Die teuerste Strategie im Umweltbereich ist "nichts" zu tun. "We can be green and grow but if we are not green we will stop to grow", sagt der Stern-Report richtig. Aber wir müssen radikale Veränderungen ansetzen. Eine Absenkung des Zuwachses der CO₂-Emissionen oder des Energieverbrauchs genügt nicht. Ein absolutes deutliches Minus muss erzielt werden. Zumindest im Wohn- und Bürobau d.h. auch durch Sanierung. Österreich sollte versuchen, führend

zu sein in der Energieeinsparung, im Engpassmanagement des Verkehrs, in der Einführung von Elektroautos und Solartankstellen. Die globale Erwärmung kostet die meisten Länder - bei frühem Handeln - einen kleinen Teil des Wachstums. Ein paar Länder können durch langfristig geplante, konsensuale innovationsorientierte Vorreiterposition einen Vorteil daraus ziehen (höheres Wachstum, mehr Beschäftigte).

3.3. Gemeinden müssen umdenken

Gemeinden haben nicht nur verfassungsmäßige eigenständige Aufgaben, sie sollen Partner beim Durchsetzen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prioritäten sein, so wie in erfolgreichen Firmen alle Abteilungen und Personen die Firmenziele kennen und fördern. Sie sind nicht nur zuständig für Straßen, Brücken, Raumordnung, sondern sollen auch initiativ sein bei Weiterbildung, interessiert an emissionssparendem Bau. Gemeinden sind nicht nur Lobbyisten für die Erhaltung des "eigenen" Spitals, sondern können auch zur Prävention beitragen. Sie sollen nicht nur Sozialhilfe auszahlen, sondern auch überlegen, wie Sozialfälle vermieden werden können und ob nicht manche Aufgaben effizienter erledigt werden können, wenn mehrere Gemeinden zusammen arbeiten. Durch die raschen Veränderungen kann jede Gemeinde - in stärkerem Ausmaß als bisher - wählen, ob sie wachsen oder schrumpfen will. Jede Gemeinde sollte ein Vision entwickeln, wie sie in der veränderten Gesellschaft 2025 platziert sein will - als Standort von Informationsdienstleistungen, als Gesundheitszentrum, als Wohnsitz von Älteren, als Urlaubsparadies für Kinder.

3.4. Radikaler Wandel in öffentlicher Ausgabenstruktur in Richtung Zukunftsausgaben

Öffentlicher Sektor muss alte Aufgaben radikal abbauen. Haushaltsrecht, Verwaltungsreform sind Voraussetzung für Budgetsänierung. Besonders weil auch viel Geld nötig ist für Forschung, Bildung, sowie für Gesundheit und Pflege. Geld für Zukunftsaufgaben kann und darf nicht aus Steuererhöhungen kommen, sondern aus Abbau von alten Aufgaben. Die Steuerhöhe und Staatsausgaben sind schon überdurchschnittlich, das ist in dieser sensiblen Lage Österreichs in der Nähe von "flachen" Steuersystemen und niedrigen Löhnen ein Risiko.

3.5. Das Steuersystem muss Arbeit schaffen und Leistungswillen belohnen

Veränderung der Steuerstruktur: der Faktor Arbeit ist hoch belastet, ab 350 € mit 40% Unterschied zwischen Brutto- und Nettolohn (oder 60% wenn man brutto durch netto rechnet). Nach Einsetzen der Steuerpflicht (etwas über 1000 €) liegen die Kosten für die Firma schon bei einem Einkommen von 1300 € um 70% höher als die Nettolöhne, bei einem Einkommen von 2000 € sind es 90% (brutto/netto). Gibt man die Nettoeinkommen aus, zahlt man noch 20% Mehrwertsteuer. Vermögen wird nicht oder fast nicht besteuert, nach Wegfall der Erbschaftsteuer wäre Erben steuerfrei. Energiesteuern sind zu niedrig, um Verbrauch zu reduzieren, Energie ist heute relativ billiger als von 30 Jahren, Straßenverkehr und Transport wachsen rasch.

3.6. Die wirksamste Bekämpfung der Armut ist Beschäftigung

Die Armutsgefährdung ist in Österreich - relativ für ein reiches Land - hoch, wenn auch der Anteil der armutsgefährdeten Personen an der Bevölkerung nicht steigt und niedriger ist als in den meisten anderen Ländern. Wichtigster Ansatz für Erwerbsfähige ist nicht eine höhere Transferzahlung, sondern ein niedriger Keil zwischen Brutto- und Nettolohn (Tax Wedge), die Schaffung von Jobs durch höheres Wachstum, die Überführung von Teilzeitjobs in Vollzeitarbeit (u. a. durch Kinderbetreuungsplätze) und Weiterbildung (eine Erhöhung der Transferzahlung bei Weiterbildung wäre ein Ansatz). Nur für **Nichterwerbsfähige** soll an höhere

Transferzahlungen gedacht werden, für **Erwerbsfähige** ist die Schaffung von Arbeitsplätzen die wirtschaftlich und humanitär beste Form der **Armutsbekämpfung**.

3.7. In die Jugend investieren, für mehr Chancengleichheit und mehr Leistung

Die höchsten gesellschaftlichen Erträge der Ausbildung liegen bei der Grundausbildung (Kindergarten, Grundschule, Nachholen von Schulabschluss) Hier gibt es große Defizite, ungenügende Integration von Migranten und Migrantinnen und Kindern aus Familien mit geringem Bildungsgrad. Diese Differenzen halten sich hartnäckig seit Generationen, bei Migranten und Migrantinnen ist die zweite Generation in Österreich schlechter ausgebildet als die Elterngeneration. Die Vererbung von Bildungsdefiziten ist unakzeptabel hoch. Bezüglich der Beseitigung von Genderdifferenzen ist Österreich ein Entwicklungsland.

4. Die Finanzkrise und ihre Wirkungen auf Österreich

Die in Abschnitt 3 skizzierten Änderungen waren schon vor der Krise nötig und haben durch die Krise noch an Bedeutung gewonnen, Neue Anforderungen kommen hinzu.

Die Krise hatte viele Ursachen (vgl. *Aiginger*, 2009A, 2009B, *Schulmeister*, 2009). Der bekannte Auslöser war die unverantwortliche Kreditvergabe im amerikanischen Immobiliensektor an Haushalte, die keine Chance hatten die Kredite aus ihren Einkommen zurückzuzahlen. Die Kreditgeber sahen darüber hinweg, erstens weil die Hauspreise und damit die Besicherunggrundlage ständig stiegen, zweitens weil sie die Kredite bündelten und an Unwissende weitergaben (mit Empfehlung von Ratingagenturen, die daran verdienten) Die tieferliegenden Ursachen lagen jedoch in (i) makroökonomischen Ungleichgewichten (dem Geldüberschuss erdölexportierender Länder und Chinas) sowie einer zu laxen Geldpolitik, (ii) mikroökonomischen Ursachen (übertriebenen Renditeerwartungen, Bindung von Bonuszahlungen an kurzfristige Erfolgsmasse), sowie (iii) Regulierungsversagen der öffentlichen Hand (zu national, zu wenig systemisch, zu permissiv gegenüber Tricks). Für eine Darstellung siehe *Aiginger* (2009A) und die Übersicht 1.

Aus der Finanzkrise entwickelt sich eine Krise des gegenseitigen Misstrauens und dann der Einbruch der Exporte und der Industrieprodukte im Herbst 2008. 2009 war dann das erste Jahr in dem die Weltwirtschaft seit 1950 schrumpfte (um 1%). Die Wirtschaftsleistung der USA ging um 2,5 % zurück, jene der EU um 4 %. Österreich konnte die Situation - verglichen mit dem Euro-Raum - etwas besser bewältigen (-3,6 %). Ein Vergleich mit der Weltwirtschaftskrise der Dreißiger Jahre (*Aiginger*) zeigt, dass die Finanzkrise deutlich geringer ausfiel, weil sie kürzer dauerte (gegeben es kommt kein zweite Etappe, aber das gilt als unwahrscheinlich). Dies war vorwiegend deswegen der Fall, weil Geldpolitik und Fiskalpolitik in allen Ländern gegensteuerte und weil China das Wachstum stabilisieren konnte (teilweise unter Einsatz der Reserven, die es durch Wachstum und Verweigerung einer Aufwertung der Währung akkumuliert hatte).

Übersicht 1: Systematisierung der Ursachen der Krise

| | |
|--|---|
| Auslöser: | <ul style="list-style-type: none"> • Ungerechtfertigte Kredite an US Hausbesitzer • Politisch begrüßt, trickreich verkauft • Gebündelt, geratet, weitergegeben |
| Regulierungsversagen: | <ul style="list-style-type: none"> • Unterschätzung, Ideologie, Selbstregulierungsthese • Überwältigt von Innovationen, Internationalisierung, Heterogenität • Prozyklik in Regeln verstärkt (mark to market) • Oligopolstruktur, Aktienmarktnotierung von Ratingagenturen • Unterschätzung kumulativer, systemischer Risiken • Schattenbanken, ungenügend regulierte Derivatmärkte |
| Überhöhte Rendite-Erwartungen: | <ul style="list-style-type: none"> • Durch Heterogenität der Gewinne nach Länder/Firmen nicht erkannt • Eigenkapitalergänzungen, Auslagerung von Risiken • nicht vollständiger Absicherung (systemischer Risiken) • Anstieg der Verschuldung (Leveraging) |
| Fehler in Anreizsystemen/Risikomanagement: | <ul style="list-style-type: none"> • Spekulation als attraktiver Berufszweig • Bonus für kurzfristige Erfolge, Stock Options • Fusions- und Größenillusion • Höhere Erträge in Finanzkapital vs. Realkapital • Risikolose Versprechungen von Beratern, Pensionsfonds |
| Makroökonomische Ungleichgewichte: | <ul style="list-style-type: none"> • Überschusse der "Emerging Asian Countries", Ölländer • Dreifaches Defizit US: Handel, Budget, Sparen • Unzureichende Geldmengenreduktion nach Erholung 2002 • Reinvestition des anlagesuchenden Kapitals in US |
| Verstärker: | <ul style="list-style-type: none"> • "Bubbles" bei Währungen, Rohstoffen, Öl, Nahrungsmitteln • Spezialisierte (just in time) Beziehungen Abnehmer/Zulieferer • Zunehmende Konzentration (weltweite Oligopole) • Kurzfristigkeit der Gewinne, Bilanzregeln, Analysehorizont • Knappheiten Rohstoffe, Energie, Nahrung; Autokratie • Ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung • Kreditvergabe und Weitergabemodell ("originate to distribute") |
| Schwäche der weltweiten Koordinierung: | <ul style="list-style-type: none"> • IMF, Weltbank, G20, Wettbewerbskontrolle, Steueroasen • Unterschätzung systemischer Risiken durch Multipolarität |

5. Wo stehen wir heute?

5.1. Wendepunkt in der Produktion wahrscheinlich erreicht

Die Wende in der Produktion ist eingetreten - international, national, in Unternehmerbefragungen. Der Anstieg ist eigentlich weltweit ziemlich steil (in Europa allerdings ruppig und fra-

gil). Gäbe es nicht immer wieder Meldungen über Risiken (Länder, Firmen, Banken) könnte man optimistischer sein. Unsere Prognose ist, dass ein großer Rückfall heute deutlich unwahrscheinlicher geworden ist, kleine Rückschläge sind sehr wahrscheinlich (Dubai, Hypo Alpe-Adria, Ukraine, Griechenland, Venezuela). Wenn einige zusammenkommen - etwa Spekulationen gegen Staatspapiere hochverschuldeter Länder - , kann die Situation noch immer kippen. Der Staat bzw. die Europäische Union müssen bereit sein nochmals einzugreifen. Wenn nicht wird es eine ruppige Erholung mit Unterschieden nach Ländern, Branchen und Quartalen geben.

Der Tiefpunkt der Krise ist relativ früh eingetreten, knapp eineinhalb Jahre nach dem Beginn. Er kam zustande durch eine überraschend einheitliche Wirtschaftspolitik, teilweise sogar koordiniert, Geldpolitik, Fiskalpolitik, Sicherung von Einlagen und systemischen Banken. Es war ein Triumph der proaktiven Gegensteuerung in einer schweren Krise, der Lernfähigkeit der Ökonomien und der Wirtschaftspolitiker. Ein herzliches "Danke" an alle Ökonomen, die immer gegen staatliche Stabilisierungsanstrengungen waren, dass sie diesmal geschwiegen haben. Und ein Danke an alle Politiker, dass sie klammheimlichen Einflüsterungen man solle doch nichts tun, kein Gehör geschenkt haben. Im Unterschied zur Weltwirtschaftskrise der Dreißiger Jahre.

Der Wendepunkt ist asymmetrisch zur Krisenverursachung, früher und stärker in den USA (+1,7% 2010), schwächer in Europa (1,1%), sehr unterschiedlich in Osteuropa (Polen 2%, Lettland, Litauen -4%). Turbo waren die Ökonomien Asiens (China 9%, Indien 7%), aber auch Brasilien (4%). Die Weltwirtschaft wächst 2010 wieder um 3%.

Es gibt eine bleibend neue weltwirtschaftliche Arbeitsteilung und auch wirtschaftspolitische Machtverteilung bzw. Selbstbewusstsein (siehe G-20 und Kopenhagen). Es wird Europa nicht leicht fallen, eine starke Rolle zu spielen. Aber Europa muss es versuchen.

5.2. Österreich hat in der Krise weniger an Wirtschaftsleistung verloren als andere Länder

Der "Österreich-Bonus" (bessere Wirtschaftsleistung gemessen an realer Wertschöpfung) wurde 2009 zum sechsten Mal in Folge realisiert. Der Rückgang der realen Wirtschaftsleistung lag bei 3,4%, im Euroraum bei 4,1%, der Anstieg 2010 beträgt 1,3% bzw. 1,0%.

Der Österreichbonus konnte wieder eingebracht werden im Gegensatz zu den Erwartungen der internationalen Presse, Analysten, Prognostiker, dass die Nähe zu den Ostländern zu einem Problem werden könnte. Auch Nobelpreisträger Paul Krugman sollte sich für die Ankündigung eines möglichen Staatsbankrotts in Österreich gelegentlich einmal entschuldigen. Kumuliert über die Jahre 2003 bis 2009 stieg die Wirtschaftsleistung in Österreich um 11%, im Euroraum um 6,2% und in Deutschland um 3,7%; das sind p.a. 1,7%, 1,0% bzw. 0,6%

5.3. Weltweit aus der Krise lernen

Die Lernfähigkeit der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftswissenschaft, aber auch die Reserven und das Selbstbewusstsein der neuen Industrieländer und eine in Ansätzen weltweite Koordination haben diesmal Schlimmeres verhindert. Teilweise wurden aber Probleme nur aufgeschoben und Systemreformen stehen aus bzw. Folgeprobleme wurden verschärft

Die Krise hat Probleme in Sektoren (Autoindustrie) und Ländern (Griechenland, Ukraine) aufgedeckt, die sonst länger verborgen geblieben wären. Die Wettbewerbsfähigkeit nach der Krise wird in einen Hocheinkommensland weiter von Bildung, Qualifikation und Forschung bestimmt. Diese "zukünftigen" Wettbewerbsfaktoren wurden in der Krise und durch die "Konjunkturprogramme" unzureichend weitergetrieben.

Die Lösungsvorschläge für die langfristigen Probleme sind unterschiedlicher als sonst. Dazu trägt bei, dass auch die beiden größten Probleme Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung in einem potentiellen Spannungsverhältnis stehen. Und auch die Konzepte, die die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit forcieren und die die Stabilität der bisherigen Arbeitsplätze sichern, gehen auseinander, ebenso Konzepte, die die Chancen der Jugend und die Absicherung der alternden Bevölkerung begünstigen.

Konflikte zwischen Parteien und Bevölkerungsgruppen werden größer. Sozialpartner und Wirtschaftsforscher werden als proaktive Vermittler gefragt. Es gibt Retrokonzepte im rechten und im linken Spektrum, Vorwärtskonzepte müssen erst entwickelt werden.

In den Worten des niederländischen Ökonomen Anton Hemerijck: Es ist keine Rückkehr zum Cosy Welfare State (Ausufernde Tätigkeit des Staates) möglich, aber auch keine zur neoliberalen Selbststabilisierungshypothese aller Finanzmärkte. Wenn man andere Begriffe wählen will, so ist weder der Ruf nach einer umfassenden Tätigkeit des Staates gerechtfertigt, noch ist die Rückkehr zum Nachwächterstaat die Lösung der Probleme. Neue Konzepte sind gefragt.

5.4. Arbeitslosigkeit anhaltend hoch: Richtung 8%

Die Arbeitslosigkeit erreicht 2010 den höchsten Stand seit 1953 (7,7%), im Jahresdurchschnitt inkl. Schulungen sind es 350.000, ohne Schulungen 280.000, die Quote laut Eurostat liegt bei 5,2%.

Die Arbeitslosigkeit wird auch 2011 noch ansteigen und sich mittelfristig bei 8,2% stabilisieren (bis 2014). Das Wachstum ist auch mittelfristig nicht stark genug, die Arbeitslosigkeit zu senken. Es wird zwischen 1,5% und 2% liegen.

Als Gegenstrategie gegen die hohe Arbeitslosigkeit sind möglich: Wachstum stärken (z. B. Umweltsanierungsoffensive, Energieeffizienz), Umwandlung informeller Jobs zu formellen Jobs, Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik (Kurzarbeit und Qualifikation), Aktivierung und Verbesserung des Matching zwischen Angebot und Nachfrage (inkl. Mobilität), intelligente Formen der Arbeitszeitverkürzung.

5.5. Staatsverschuldung: Richtung 80%

Das Budgetdefizit wird heuer auf 5,2% steigen, die Staatsschuldenquote auf 74%. 84% sind 2013 ohne Gegenmaßnahmen zu erwarten. Das ist weniger als im EU-Schnitt (81,8% 2010) aber deutlich mehr als der bisherige Höhepunkt in Österreich mit 68% im Jahr 1995.

Die staatlichen Budgets sind defizitär. Österreich muss jährlich 7 ½ Mrd € Zinsen zahlen, das ist ein Drittel der Lohnsteuer, ohne Konsolidierung wären es bald 11 Mrd €. Die Defizite entstanden durch die Konjunkturpakete und Steuersenkung. Aber sie waren auch die Folge des Fehlens jedes Sparwillens vorher. Schon vor der Krise lag das Defizit Konjunkturbereinigt bei minus 2%. Dreißig Jahre gab es keinen Überschuss, nicht in guten Jahren, nicht in sehr guten Jahren. Wir müssen die Defizite senken, weil es sinnvoll ist (und nicht nur weil die EU das vorschreibt). Um rund 2 Mrd. € pro Jahr, selbst dann steigt noch immer die Schuldenquote relativ zur Wirtschaftsleistung, aber nicht mehr so stark.

5.6. Die Handlungsfähigkeit wiederherstellen

Drei Ziele müssen nun gleichzeitig angestrebt werden:

- Beschäftigung erhöhen, Arbeitslosigkeit senken,
- das Budgetdefizit reduzieren
- in die Zukunft investieren.

Wird jedes Ziel einzeln verfolgt, so kann keines erreicht werden. Nur ein strategisches Konzept kann dazu beitragen, dass bei allen Zielen Verbesserungen erreicht werden.

Jetzt müssen die Ausgaben durchforstet werden: dort am meisten, wo es die größten Ineffizienzen gibt. Wo ein Spital eine geringe Auslastung hat, dort wo Menschen im Spital bleiben müssen, weil Kleinambulanzen und Gemeinschaftspraxen fehlen. Wenn das Bundesheer einen Grenzeinsatz machen muss, weil vorher Politiker gegen Ausländer gehetzt haben. Wo Förderungen gezahlt werden, obwohl der Förderzweck unklar definiert ist und Ziele nicht gemessen werden. Wo ein Tunnel gegraben wurde, weil es ein Landespolitiker und Bundeskanzler vereinbart haben, obwohl es keine Berechnung gab, dass er genügend genutzt werden wird (Koralmtunnel).

Eine mittelfristige Sanierung muss eingeleitet werden durch Schwerpunkte in der Verbesserung der Budgetierungstechnik (Haushaltsrechtsreform), Nachbesetzungsstopp, Kürzung von Ermessensausgaben. Dies sind aber nicht optimale Maßnahmen, weil sie nicht die Effizienz erhöhen, wo es organisatorische Mängel und Doppelgleisigkeiten gibt und nicht zusätzliche Impulse geben, wo Defizite und externe Effekte vorliegen. Schwerpunktmäßig sollten die Kürzungen die Verwaltung, die Doppelgleisigkeiten zwischen Bund und Ländern, die Zahl der Spitalbetten, die überbordenden Förderungen und Verlustabdeckungen und die Privilegien ("Hacklerpension") betreffen.

6. Die Notwendigkeit einer positiven Vision

Eine Budget-Konsolidierung muss von einer Vision ausgehen: den Handlungsspielraum wiederherzustellen, Arbeitsplätze nachhaltig zu schaffen, Österreich zu Vorreiter bei Umwelttechnologien zu machen und Österreich zukunftsorientierter zu gestalten.

6.1. Akzeptanz unserer Gesellschaftsordnung gefährdet

Die Finanzkrise hat eine Tendenz verschärft die schon vorher sichtbar war. Es gibt Anzeichen dafür, dass die **Akzeptanz unserer Gesellschaftsordnung** verloren geht, besonders in der Jugend. Dies zeigt sich ausdrücklich in Diskussionen über ungerechte Verteilung, Dominanz von Finanzmärkten, Missachtung von Umweltproblemen. Unausgesprochen kommt das zum Ausdruck in Angst vor der Zukunft, in feindlicher Haltung gegen Ausländer, im Gefühl benachteiligt und nicht gehört zu werden, in Politikferne und in der Wahl von extremen Gruppen, rechts und links. Extreme politische Gruppen aber auch "politikferne" Organisationen sprechen die Probleme und Ängste oft besser an als "mainstream" Parteien, sie können aber in der Regel keine langfristig tauglichen Lösungen anbieten. Hoffnungslosigkeit, Inaktivität, Aggressivität, Isolierung oder Realitätsflucht sind die Folge.

6.2. Veränderungen und Reformen brauchen eine positive Vision als Basis

Offenheit für Veränderungen und Solidarität brauchen als Basis ein Gesellschaftsmodell, das von Werten getragen wird, die die Bevölkerung und besonders die Jugend akzeptiert. Eine Vision, in welcher Ziele durch individuelle Anstrengungen aber auch durch die Gesellschaft erreicht werden können. Reformen brauchen eine positive Vision. Eine **realistische positive Vision für Österreich im Jahr 2020** könnte folgende 5 Elemente enthalten.

- Österreich hat die bestausgebildete Bevölkerung, Bildung wird nicht mehr vererbt sondern orientiert sich an den Fähigkeiten und Begabungen
- Österreich ist ein exzellenter Standort für Unternehmen, besonders auch von Unternehmenszentralen und Forschungsstätten
- Österreich hat die geringste Armutsquote in Europa
- Österreich ist offen für Personen, die bei uns studieren wollen, sich ausbilden, unser Arbeitspotential vergrößern wollen, Pflege und Gesundheit betreuen wollen
- Österreich hat hohe Umweltstandards, und eine ökologische Vorreiterposition

6.3. Das Europäische Modell - unvollkommen - aber das Beste der Welt

Es ist üblich Europa zu kritisieren, die geringe wirtschaftliche Dynamik, die großen Unterschiede in den Einkommen, eine gewisse Zögerlichkeit in der Umsetzung von Umweltvorschriften. Dennoch, wenn man das Wirtschaftssystem Europas vergleicht mit den Wirtschaftssystemen in den USA auf der einen Seite, in Russland und in Asien auf der anderen Seite, so können wir festhalten, es ist das einzige Wirtschaftssystem das neben der Wirtschaftsleistung auch sozialen Zusammenhalt, die Unterstützung schwacher Regionen, ökologische Nachhaltigkeit verfolgt. Innerhalb der EU hat es seit ihrer Gründung keinen militärischen Konflikt gegeben, außerhalb Europas ist die Chance auf Mitgliedschaft ein starkes Argument Menschenrechte zu achten. Die europäische Verfassung ("Lissabon-Vertrag"), wie kompliziert und wenig verständlich sie im Detail sein mag, ist die **einzigste Verfassung** in der ausdrücklich neben wirtschaftlichen Zielen auch soziale und ökologische festgeschrieben sind.

Oder folgen wir den Worten des **US Ökonomen Jeffrey Sachs**, der in der Financial Times in einer Entgegnung der üblichen "These des europäischen Niederganges" festhält:

"Europa ist ein Friedensmodell, hat starke Demokratien, es gibt keine soziale Unterklasse Europa verhandelt bei politischen Konflikten statt zu bombardieren, hat die höchste Lebenserwartung und geringste Kindersterblichkeit. Europa zeichnet sich aus durch hohe Energieeffizienz und Bekenntnis zu alternativen Energien, Europäer haben mehr Freizeit¹⁾).

7. Zusammenfassung

Die wirtschaftliche Situation hat sich entspannt. Die Wirtschaftsleistung steigt wieder, stark in den asiatischen Ländern, deutlich in den USA, am wenigsten in Europa. Erhebliche Risiken bleiben, das Finanzsystem ist noch nicht stabilisiert und noch weniger reformiert. Und die Krisenfolgen werden uns noch länger begleiten:

- Die Arbeitslosigkeit steigt in den USA und in Europa in Richtung 10 %, in Österreich gegen 8%
- Die Staatshaushalte sind defizitär, in den USA und mehreren Europäischen Ländern in Richtung 10%, in Österreich gegen 5 %.
- Die dringend notwendigen Zukunftsinvestitionen für Kinderbetreuung, Qualifikation, Forschung, Ökologie können nur unzureichend dotiert werden

In dieser Situation ist eine komplexe Strategie notwendig, Sparen aber nicht bei Zukunftsinvestitionen und Beschäftigungspolitik, Reform des Steuersystems in Richtung mehr Effizienz

1 "What about Europe's? ... internal peace, strong democracies, social market systems that avoid USD-style underclass, strong scientific and technological capacity, high educational attainments, generosity in aid given to low income countries (compared with other countries) a proclivity to negotiate instead of bomb, highest life expectancy and low child mortality, impressive commitments to alternative energy and energy efficiency, high environmental awareness, ample leisure time ... stabilisation of the overall population, high self reported satisfaction in world surveys". Jeffrey Sachs, Columbia University, Director of Earth Institute, Financial Times 19.08.08

und Gerechtigkeit, bei gleichzeitiger Entlastung niedriger Einkommen und des Faktor Arbeit generell. Gespart werden muss bei Privilegien, wohlverordneten Rechten, Ineffizienzen, Doppelgleisigkeiten. Die Reformen im Finanzsektor müssen umgesetzt werden, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den USA und China, aber auch innerhalb Europas zwischen Deutschland und Südeuropa müssen reduziert werden. Europa muss sein gutes sozialökonomisches Modell selbst weiterentwickeln, dynamischer und jugendfreundlicher gestalten und aktiv in der Nachbarschaft vermarkten. Probleme der Alterung und der fehlenden Integration von Migrantinnen und Migranten müssen gelöst werden.

Viele Probleme sind schon vor der Krise entstanden, durch die Krise offensichtlicher geworden, neue kommen hinzu. Die Welt ist vielfältiger geworden, mit mehr Chancen und größeren Risiken. Die Situation erfordert eine anspruchsvolle Politik, in der neue Lösungen gesucht werden und in der auch Österreich und besonders die Jugend aktiv mitarbeiten kann und soll.

Literatur

- Aiginger, K. (2009A), The Current Economic Crisis: Causes, Cures and Consequences, WIFO Working Paper No 341/2009, <http://www.wifo.ac.at/aiginger/crisis/>
- Aiginger, K. (2009B), "Strengthening the resilience of an economy, enlarging the menu of stabilization policy as to prevent another crisis", *Intereconomics*, October 2009, pp. 309-316. (<http://www.intereconomics.eu/archiv/index.php?mode=jahr&jahr=2009&heftnummer=5>)
- Aiginger, K., The Great Recession versus the Great Depression: Stylized Facts on Siblings That Were Given Different Foster Parents. *Economics: The Open-Access, Open-Assessment E-Journal*, Vol. 4, 2010-18 <http://www.economics-ejournal.org/economics/journalarticles/2010-18>
- Aiginger, K., Guger, A., The European Social Model: from an alleged barrier to a competitive advantage, in *Journal of Progressive Politics*, Herbst 2005, Vol. 4.3, S. 40-47
- Aiginger, K., Guger, A., The European Socio-Economic Model, Differences to the USA and Changes Over Time, 2005.
- Aiginger, K., Tichy, G., Walterskirchen, E., Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation, WIFO Weißbuch, 2006
- Schulmeister, St., Die neue Weltwirtschaftskrise - Ursachen, Folgen, Gegenstrategien, Arbeiterkammer, Wien, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft No 106, Wien, 2009.
- Tichy, G., Die 'Neue Unsicherheit' als Ursache der europäischen Wachstumsschwäche, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, Band 6(3), 2005, S. 385-407.
- Tichy, G., Subprime crisis - Alleinschuld der Banken? mimeo, 2008.

Zur Person

Prof. Dr. Karl Aiginger, Leiter des WIFO, wurde am 23. Oktober 1948 in Wien geboren. Sein Studium der Volkswirtschaft absolvierte er an der Universität in Wien und an der Purdue University in Indiana, USA. Das Thema seiner Dissertation war 'Unternehmerverhalten bei Investitionsentscheidungen'. Seine Habilitation erwarb er 1984 mit "Production Theory under Uncertainty" (diese ist auch als Buch bei Blackwell erschienen)

Professor Aiginger begann 1970 als Wirtschaftsforscher am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO). Seine wissenschaftlichen Schwerpunkte sind Industrieökonomie und Wettbewerbsfähigkeit und er hat für viele Jahre für die Europäische Kommission die Berichterstattung über die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie betreut. Professor Aiginger absolvierte mehrmals Gastprofessuren in den USA (Stanford University, MIT, UCLA), ist Gastprofessor an der Wirtschaftsuniversität Wien und Honorarprofessor an der Universität Linz (Österreich). Er ist (gemeinsam mit Marcel Canoy) Herausgeber des JICT (Journal of Industry, Competition and Trade).

Karl Aiginger ist Mitglied der Katholisch akademischen Verbindung Norica.